

# «Wenn die Staatssicherheit vor der Tür steht, wird Huawei diese öffnen müssen»

Der China-Experte Sebastian Heilmann erklärt das chinesische Verständnis von Privatunternehmen, wie die Kommunistische Partei bei Firmenentscheidungen mitredet und was dieses für den Telekom-Ausrüster Huawei bedeutet

Professor Heilmann, wie unterscheidet sich ein chinesisches Privatunternehmen von einem westlichen Privatunternehmen?

In China kann kein Unternehmen gegründet werden, wenn es nicht über solide Beziehungen zu staatlichen Stellen und zu Parteistellen verfügt. Jeder, der etwas mehr als ein Kleingewerbe aufziehen will, muss darauf achten, gute Verbindungen etwa zu den mächtigen Zulassungs- und Regulierungsbehörden zu haben. Das hat auch zur Folge, dass viele Privatfirmen aus Funktionärsfamilien heraus gegründet werden. Das Unternehmen ist, was Eigentumsverhältnisse und die Risikoverteilung angeht, ein privates. Aber die Rahmenbedingungen sind so, dass staatliche Stellen von Anfang an mitreden.

Redet die Partei beim operativen Geschäft mit?

Bei wichtigen Entscheidungen im Unternehmen, etwa bei grösseren Investitionen, beim Kauf von Immobilien oder bei Entlassungen muss die Firma staatliche Stellen und Parteistellen konsultieren. Die Unternehmen sind nach unserem Verständnis nicht wirklich autonom.

Gibt es dazu die Parteizellen in den Unternehmen?

Alle Privatunternehmen mit drei und mehr Parteimitgliedern sind verpflichtet, die Gründung von Parteiorganisationen zu unterstützen. Diese Parteiorgane in Unternehmen sind gewissermassen implantierte Kontrollzellen. Sie sollen



Sebastian Heilmann  
Professor für Wirtschaft  
und Politik Chinas

sicherstellen, dass unternehmerische Entscheidungen im Einklang mit der Parteipolitik stehen.

Welche Aufgaben haben die Parteizellen in den Unternehmen konkret?

Sie sollen für die politische Integrität sorgen und sicherstellen, dass Gesetze eingehalten werden, aber auch dafür sorgen, dass beispielsweise keine anti-patriotischen Aktivitäten in den Unternehmen stattfinden. Parteikomitees



Huawei-Chef Ren hat sich auf dem Forschungscampus in Dongguan europäische Sehenswürdigkeiten nachbauen lassen.

GETTY

haben ein starkes Mitsprache- und sogar Vetorecht, etwa bei Fusionsvorhaben oder der Gründung von Niederlassungen.

Welche Rolle spielen Privatunternehmen bei Chinas nationaler Strategie, globale Technologiemacht zu werden?

Es gab den Marschbefehl der Regierung, dass sich auch private Unternehmen in diese staatliche Strategie einordnen sollen. Der deutsche Kuka-Konzern etwa wurde von dem Privatunternehmen Midea gekauft. Die Übernahme war aber Teil der chinesischen Industriepolitik und hatte höchste Priorität.

Ist Huawei ein Privatunternehmen, wie der Gründer Ren Zhengfei immer behauptet?

Das Unternehmen ist formal eine Art Genossenschaft, bei der vor allem die Mitarbeiter der ersten Stunde erhebliche Anteile halten, neben dem Gründer Ren natürlich. Der wichtigere Punkt ist, wie

die realen Governance-Strukturen aussehen. Wer als Mitarbeiter Anteile an Huawei besitzt, kann das Unternehmen noch lange nicht mitkontrollieren. Die Entscheidungen trifft eine sehr kleine Gruppe von Personen, die vermutlich alle Mitglieder der Kommunistischen Partei sind.

Wie hat sich Huawei in den vergangenen Jahren verändert?

Das Unternehmen war lange Zeit ausschliesslich profit- und wachstumsorientiert. Jetzt ist Huawei aber für die chinesische Regierung ein nationaler Champion, der natürlich auch politische Verpflichtungen hat. Das Unternehmen spielt eine zentrale Rolle für die nationale Industriepolitik und auch für die «Belt and Road»-Initiative, Huawei ist gleichsam die globale Speerspitze für Chinas technologische Aufholjagd und Expansion. Das exponiert das Unternehmen nach aussen und diszipliniert es nach innen. Jede Abweichung von der

offiziellen politischen Linie muss vermieden werden.

Kritiker unterstellen Huawei eine Nähe zur Armee. Teilen Sie die Ansicht?

Die jetzige Führung hat einen durchweg zivilen Hintergrund, anders als der Gründer Ren. Allerdings sagt die chinesische Regierung offen, dass alle zivilen Spitzentechnologien zugleich auf militärische Anwendbarkeit geprüft werden sollen. Die Telekom-Infrastrukturen, auch die Unterseekabel, die Huawei global baut, haben alle auch sicherheitspolitische Bedeutung. Huawei ist deshalb per se sicherheitsrelevant.

Muss man davon ausgehen, dass Huawei im Krisenfall die chinesische Regierung mit Informationen, die sich mutmasslich aus den von dem Unternehmen errichteten Infrastrukturen extrahieren lassen, versorgen würde?

Huawei würde das sicher nicht aus eigenem Antrieb machen. Im Konfliktfall

aber müsste die Firma den chinesischen Sicherheitsbehörden Zugang zu kritischen Infrastrukturen ermöglichen, selbst wenn die Unternehmensleitung lieber rein kommerzielle Interessen verfolgen wollte. Wenn die Staatssicherheit oder das Militär vor der Tür steht, wird Huawei diese öffnen müssen.

Welche Folgen hat Chinas neues Sicherheitsgesetz für Huawei?

Insbesondere das Gesetz über die Nachrichtendienste stürzt chinesische Unternehmen in ein arges Dilemma. Dieses Gesetz besagt, dass alle chinesischen Organisationen und natürlichen Personen verpflichtet sind, auf Aufforderung der Behörden nachrichtendienstliche Tätigkeiten zu unterstützen.

Was könnte Huawei unternehmen, um wieder an Vertrauen zu gewinnen?

Huawei könnte seine rechtliche Struktur ändern, etwa einen Börsengang im Ausland anstreben oder ein Europa-Headquarter eröffnen, das unabhängig von der Konzernzentrale in Shenzhen agieren kann und erhöhten Offenlegungspflichten nachkommt. Seit Huawei aber als nationaler Champion an der Spitze der chinesischen Technologiepolitik steht, sind derartige Gestaltungsmöglichkeiten nicht mehr vorstellbar.

Also gibt es keine Möglichkeiten?

Huawei wird seine Anstrengungen drastisch verstärken, um von amerikanischen und anderen ausländischen Technologien unabhängig zu werden. Und das kann einige Überraschungen bringen. Huawei hat 80 000 Entwicklungsingenieure und eine gewaltige Firepower in Forschung und Entwicklung. Ich vermute, dass das Unternehmen noch im laufenden Jahr ein eigenes Betriebssystem im chinesischen Markt testen wird, kein perfektes, aber ein funktionsfähiges. Wenn dann die chinesische Regierung alle App-Konstrukteure zwingt, auf dieses Betriebssystem umzusatteln, hätten wir auf einmal ein neues Ökosystem als echte Alternative zu den amerikanischen Systemen. Ich halte das für durchaus möglich, denn gerade in der App-Ökonomie ist China ein absolutes Powerhouse. Für die US-Anbieter wäre das eine Zeitenwende. Google etwa wäre vermutlich für immer vom chinesischen Markt ausgeschlossen und würde dauerhaft auch Marktanteile in allen von Huawei belieferten Auslandsmärkten verlieren.

Interview: Matthias Kamp  
«Reflexe», Seite 34

## Die Tragik der Allmende im Gesundheitswesen

Das Liberale Institut präsentiert Rezepte gegen die Kostenexplosion

Das Obligatorium der Krankenpflegeversicherung hat das Ziel einer Kostendämpfung verfehlt. Mehr Wettbewerb und eine Aufwertung der Eigenverantwortung der Bürger können einen Ausweg weisen.

WERNER ENZ

«Ein weitverbreiteter Irrglaube ist jener, wonach eine soziale Institution billiger, wenn nicht gar kostenlos wird, wenn sie obligatorisch wird, und dass sie das Erfordernis der Gleichstellung erfüllt.» Mit diesem kernigen Satz distanzierte sich der liberale Geist Louis Guisan schon in den frühen 1970er Jahren von der Idee einer obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KVG). Gut vier Jahrzehnte später drängt sich der ernüchternde Befund auf, dass das 1996 eingeführte KVG den Kos-

tenschub eher beschleunigt als gebremst hat. Das vom Liberalen Institut aufgelegte Buch «Zu teuer! Warum wir für unser Gesundheitswesen zu viel bezahlen» liefert hierzu Denkanstösse und erinnert an das nicht genutzte Potenzial einer Stärkung von Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen.

### Lernen von Singapur

Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass ab 1996 die Kosten in der Grundversicherung jährlich um durchschnittlich mehr als 4% gestiegen sind. Im Zeitraum 1985 bis 1993 fiel die jährliche Teuerung im Gesundheitswesen mit 3,7% noch verhaltener aus. Die Alterung der Gesellschaft erklärt einen Teil des zusätzlichen Kostenanstiegs, aber es ist naheliegend, dass die laufende Ausweitung des Leistungskatalogs viel mehr einschenkte. Die Autoren sprechen von einer Tragik der Allmende, auf der Gemeinschaftsgüter verantwortungslos kon-

sumiert würden. Ein dickes Fragezeichen wird hinter die Prämienverbilligungen gesetzt, von denen im Jahr 2016 schon 27% aller Versicherten profitierten, wobei die Entlastung 4,3 Mrd. Fr. kostete. Eine Möglichkeit zur Kostendämpfung bestünde darin, einkommensabhängige Franchisen um ein Vielfaches heraufzusetzen, was mit einer Stärkung der Eigenverantwortung und der Beschneidung des Leistungskatalogs einherginge.

Singapur liefert einen beachtenswerten Ansatz, der auf individuelle Gesundheitsparkonten baut. Dem System wird eine bemerkenswerte Stabilität attestiert, die sich wahlweise von chronischen Reformbedarf kollektivistisch finanzierter Gesundheitswesen abhebe. Singapur können die verzinnten Medisave-Konten für grössere Auslagen wie Krankenhausaufenthalte und Operationen, aber auch für die Pflege chronisch kranker Patienten einsetzen. Das ist vermutlich um einiges effizienter, weil die geringere Abhängig-

keit von staatlichen Subventionen zu Sparbarkeit animiert. Zusatzversicherungen spielen in Singapur hierbei eine gewichtigere Rolle als in der Schweiz, wo diese wegen des immer stärker ausgebauten KVG-Leistungskatalogs ab 1996 sukzessive an Bedeutung verloren haben. Medisave dürfte sich gegenüber dem Schweizer System vor allem dadurch auszeichnen, dass die Verantwortung jedes Bürgers für seine Gesundheit und sein Leben konsequent ins Zentrum gerückt wird.

### Zu viele Hüte

Im Buch erfolgt jedenfalls eine scharfe Zäsur, denn im darauffolgenden Kapitel analysiert der Gesundheitsökonom Stefan Felder die Stellung kantonaler Gesundheitsdirektoren im Spitalwesen. Allein schon der Begriff Gesundheitsdirektor atmet jenen autoritären Geist, der in Patienten hilflose Geschöpfe sieht. Die Marktmacht der Spitäler sei erdrückend, ohne

dass die Wettbewerbskommission interveniere, lautet ein erster Befund.

Ein zweiter Befund ist, dass öffentliche Spitäler in aller Regel teurer produzieren als private Kliniken. Felder rennt wohl offene Türen ein mit der Forderung, die Mehrfachrolle der Kantone zu überwinden. Kantone sind Betreiber und Eigentümer von Spitalern, fungieren als Aufseher und Schiedsrichter, sind weiter stark in der Spitalfinanzierung involviert und verfügen über ein Monopol zur Eintreibung von Steuern. Felder sieht als möglichen Ausweg die Option, dass der Bund in Zukunft in der Spitalplanung und auch bei deren Finanzierung die Schlüsselrolle spielen wird. Im Wissen um das föderalistische System dürfte es aber sehr schwierig werden, so die Macht der Kantone im Spitalwesen zu beschneiden.

Pierre Bessard, Olivier Kessler: Zu teuer! Warum wir für unser Gesundheitswesen zu viel bezahlen. Liberales Institut.